

Kathrin Schrader & Jenny Künkel (Hg.)

Sexarbeit

Feministische Perspektiven

unrast transparent

geschlechterdschungel



Initiative Sex Workers Solidarity
(Sexarbeiter*innen und Freund*innen aus Dresden)

Sex Workers Solidarity – eine gewerkschaftlich-feministische Perspektive

Die Dresdner *Initiative Sex Workers Solidarity* war von Sommer 2017 bis Sommer 2018 aktiv. Anlass für die Gründung war die anstehende Verabschiedung und Implementierung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG), von der einige von uns persönlich betroffen waren. In Sachsen gab es zuvor weder Zusammenschlüsse von Sexarbeiter*innen noch Sprachrohre oder politische Fürsprecher*innen. Dementsprechend erhielten unsere Statements und Aktionen landes- und bundesweite Aufmerksamkeit. Dies lag sicherlich auch daran, dass unser inhaltlicher Standpunkt – eine Kombination gewerkschaftlicher und feministischer Perspektiven – sonst auf der öffentlichen Bühne kaum vorhanden war. Wir möchten daher die Arbeit der Initiative nachzeichnen und unsere Überlegungen teilen, um sie im Gedächtnis emanzipatorischer Bewegungen zu verankern. Dazu beschreiben wir zunächst, was uns politisch wichtig war, dann, was wir umsetzen konnten, und schließlich unsere Reflexionen und die daraus resultierenden Vorschläge für die Zukunft und an andere Initiativen.

Unsere Ausgangslage

Sex Workers Solidarity entstand als produktives Konglomerat aus Bekanntschaften einiger vom ProstSchG betroffenen Menschen, die in der basisdemokratischen Gewerkschaft *Freie Arbeiter*innen Union* (FAU) organisiert waren, mit Menschen aus feministischen Gruppen in der Stadt.

Die Sexarbeiter*innen in der Initiative nahmen eine große Verunsicherung bezüglich des Gesetzes und dessen Folgen wahr. Wir hofften, dass die drohende Repression gegen alle Sexarbeiter*innen als Anlass für Organisierung und Solidarisierung unter Kolleg*innen dienen könnte. Allerdings zeigten sich bald unterschiedliche Positionen: zum Beispiel zwischen besser und schlechter Bezahlten, zwischen erotischen Masseur*innen und Anbieter*innen von ›richtigem Sex‹, zwischen Sexarbeiter*innen mit und ohne deutsche Staatsbürger*innenschaft, zwischen den wenigen Menschen, die den Schritt in die Öffentlichkeit wagen, und den vielen, die davor zurückschrecken.

Zudem existierte kaum Infrastruktur für Sexarbeiter*innen in Sachsen. Zwar gibt es gesundheitliche Beratung durch die Gesundheitsämter und Unterstützung von *kobra.net e.V.* für Opfer von Menschenhandel, aber keine Fachberatungsstelle zu den alltäglichen Problemen, auf die Sexarbeiter*innen häufig stoßen. Ein jährlicher runder Tisch von Stadt und Polizei fokussierte lediglich ordnungspolitische Probleme »mit der Prostitution«. Auch von einer organisierten Hurenbewegung war in Dresden nichts zu spüren, sodass wir eigene Strukturen aufbauen mussten.

Aus feministischer Sicht war die Ausgangslage allerdings auch ein Minenfeld: Die feministische Bewegung streitet sich seit Jahrzehnten immer wieder und zum Teil sehr erbittert darum, wie Sexarbeit insgesamt zu bewerten ist. Wie sollte sich die Initiative darin positionieren? Scheinbar gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder: Sexarbeit bedeutet Befreiung und wer anderes behauptet, ist verklemmt; jede Reglementierung ist Ausgeburt des Patriarchats und reaktionärer kirchlicher Sexualmoral. Oder: Prostitution ist immer Gewalt und schlimmste Ausgeburt des Patriarchats, und alle, die anderes behaupten, belügen sich selbst, leiden am Stockholm-Syndrom oder gehören gar zu den Profiteur*innen der frauenverachtenden Ausbeutung. Selbst Positionen, die keinem dieser Extreme

entsprechen, werden schnell von außen in eine dieser Schubladen eingeordnet. Wir versuchten daher, die Schlagworte beider ›Lager‹ zu vermeiden, um zum eigentlichen Thema vorzustoßen: der Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituationen von Sexarbeiter*innen.

Dennoch brauchten wir für unsere öffentliche Kampagne einen gemeinsamen politischen Standpunkt, um nicht in Oberflächlichkeit und Ziellosigkeit zu enden. Wir einigten uns auf Folgendes: Wir wollen weder Sexarbeit pauschal dämonisieren, noch aus Angst vor Überwachung und Kontrolle dem neoliberalen Dogma folgend alles als selbstbestimmt und frei aushandelbar darstellen. Denn Letzteres sichert das reibungslose Funktionieren des Marktes und damit die Gewinne jener, die von der Ausbeutung von (überwiegend) Frauen und trans Menschen profitieren. Stattdessen betonen wir objektive Interessengegensätze zwischen Chef*innen und (Schein-) Selbstständigen beziehungsweise zwischen Vermieter*innen und Mieter*innen.

Insgesamt schien uns in der Gemengelage von Stigmatisierung und staatlicher Diskriminierung ein breiter feministischer und gewerkschaftlicher Ansatz für selbstbestimmte Kämpfe einer tendenziell prekarierten Gruppe am besten geeignet.

Wie wir aktiv geworden sind

Auf der Basis dieser untereinander verwobenen Ansprüche haben wir im Sommer 2017 überlegt, mit welchen Strategien und Möglichkeiten wir auf das ProstSchG reagieren können. Dabei waren einige Fallstricke zu umgehen:

Durch die geplanten repressiven Gesetze, die auch die Hemmschwelle erhöhten, zu unseren Treffen zu kommen, wollten viele Betroffene erst recht anonym bleiben. Als Antwort darauf hielten wir einen Zusammenschluss von Sexarbeiter*innen und Unterstützer*innen / Freund*innen für

sinnvoll. Der Gruppenname *Sex Workers Solidarity* erlaubte es, Anonymität und Sichtbarkeit zu vereinen.

Zudem galt es, den Spagat zwischen kurzfristiger Reaktion auf die fortgeschrittenen Gesetzespläne und nachhaltiger Organisation zu meistern. Wir wollten die Implementierung beeinflussen, aber auch längerfristig einen Austausch über Rechte, Arbeitsbedingungen und kollektive Wege der Verbesserung anstoßen, um Solidarität statt Abgrenzung gegeneinander voranzutreiben.

Anfangs gab es zudem die Überlegung, die Kampagne für Rechte von Sexarbeiter*innen mit emanzipatorischen Angeboten zu sexueller Bildung zu verknüpfen (z.B. Workshops zum Sprechen über Körperteile oder über Sex, zum Grenzen-Setzen oder zur Vulva-Massage oder über Hurendiskriminierung). Sexarbeiter*innen sollten nicht nur als Opfer von Sexismus oder als Objekte von behördlichen Maßnahmen auftauchen, sondern selbst als Expert*innen sprechen. Diese Überlegung haben wir allerdings vorerst hintangestellt, um die positiven Aspekte der Sexarbeit nicht zu stark in den Vordergrund zu rücken und ihre gesellschaftlichen Verstrickungen zu verdecken.

Insgesamt hat sich dann in der Praxis eine Art Drei-Säulen-Konzept ergeben:

- Druck auf Politik, Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess, z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit,
- Informationsbeschaffung und -weitergabe an Betroffene,
- Möglichkeiten zu Austausch und langfristiger Selbstorganisation gegen Repression und für bessere Arbeitsbedingungen.

Praktische Erfahrungen

Uns war bei all dem wichtig, die Stimmen der Sexarbeiter*innen in den Mittelpunkt unserer Kampagne zu stellen. Das bedeutete, dass wir uns viel Zeit dafür genommen haben, über die Grenzen des eigenen Blickfeldes zu reflektieren und uns mit

den verschiedenen Positionen zu Sexarbeit bzw. Prostitution und Arbeit auseinanderzusetzen.

Wichtiger Bestandteil unserer Arbeit war außerdem die Vernetzung: z.B. mit dem Gesundheitsamt Dresden, *kobra.net e.V.*, Einzelpersonen des *Berufsverbands sexuelle und erotische Dienstleistungen (BesD)*, FAU-Strukturen oder einzelnen sächsischen Politiker*innen.

In Sachsen haben wir öffentlich das Gesetz und die Folgen für Sexarbeiter*innen kritisiert. Gleichzeitig informierten wir auf einer Facebookseite über den neuesten Stand des Gesetzes. Einige Kolleg*innen halfen beim Übersetzen in andere Sprachen. Wir führten mehrere Infoveranstaltungen in Dresden durch und stellten uns für Interviews zur Verfügung. Schnell wurden wir als Ansprechpartner*innen für das Thema wahrgenommen, sowohl in Dresden als auch von außerhalb. vonseiten der Medien gab es großes Interesse an ›Betroffenen‹, welches wir aus Anonymitäts- oder Überlastungsgründen nicht immer befriedigen konnten oder wollten.

Mit dem Sächsischen Landtag verband uns eine vielschichtige Auseinandersetzung: Wir leakten und kommentierten den Gesetzesentwurf, besuchten mit vielen Menschen eine öffentliche Anhörung und begleiteten diese mit einer Kundgebung und schrieben einen Offenen Brief an alle Landtagsabgeordneten. Mit unseren Beiträgen haben wir öffentlichen Druck erzeugt und zusammen mit anderen ziemlich starken Einfluss genommen: z.B. wurden die Gebühren für die Registrierung und Zwangsberatung erheblich gesenkt. Schlussendlich bedachten wir die Landtagssitzung zum SächsProstSchGAG mit einem Regen aus Hurenpässen, die wir personalisiert auf die Abgeordneten ausgestellt hatten. Diese Aktion setzte einen fulminanten Schlusspunkt unter unsere Kampagne zum Gesetz und bescherte uns lustige Zeitungsüberschriften und bundesweite Zustimmung aus der Hurenbewegung.

Einige Zeit später setzten wir uns nochmal zusammen, um einen Auswertungstext zu schreiben. Selbst ein Jahr später erreichten uns weiterhin Anfragen für Podiumsgespräche.

Solidarität und Abgrenzung

Darüber hinaus haben wir in Dresden eine Diskussion um die gegenseitige Abgrenzung zwischen unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Sexarbeit angestoßen. Einzelne Zweige der vom Gesetz unter Prostitution gefassten Gewerbe versuchten, Sonderregelungen bzw. Ausnahmen für sich zu erreichen. Wir haben uns von Anfang an klar gegen diese Abgrenzungstendenzen und für einen solidarischen, gemeinsamen Kampf gegen das Gesetz positioniert. Dazu gehörten auch Gespräche über rassistische und klassistische Abwertungen ›billiger Huren‹ unter Kolleg*innen.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine Öffentlichkeitskampagne zur Rettung der erotischen Massagesstudios initiiert. Die betroffenen Mitarbeiter*innen (eigentlich Mieter*innen und Selbstständige) wurden von der Leitung motiviert, sich gegen das SächsProstSchGAG zu stellen, um ihre Jobs zu retten. Leider setzte diese Kampagne zunächst auf die Abgrenzungskarte – man gehöre ja gar nicht zur Prostitution, erfülle wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse und brauche daher eine Ausnahmeregelung. Die Argumentation in dieser Kampagne hat sich – womöglich unter unserem Einfluss – allerdings später verändert. Eine solche Ausrichtung kommt offenbar gerade bei einer Top-Down-Herangehensweise heraus, in der die Unternehmensrettung Priorität gegenüber möglichen anderen, gemeinsamen Forderungen gewinnt. Das spricht im Umkehrschluss wieder für unsere Entscheidung, uns ohne Betreiber*innen zu organisieren.

Austausch und Selbstorganisation

Neben der Außenwirkung hat unsere Arbeit einzelne Mitglieder der Gruppe auch individuell weitergebracht: Die Initiative gab aktiven Sexarbeiter*innen Raum, um über ihre Arbeit zu sprechen und Unterstützung und Solidarität zu erfahren. So wurde es möglich, eigene Probleme in einem größeren Zusammenhang zu begreifen, damit nicht allein zu sein und zu erleben, dass gemeinsames (politisches) Handeln tatsächlich etwas bewirken kann – dass es einen Unterschied macht, ob wir den Mund aufmachen oder nicht.

Selbstkritisch bleibt anzumerken, dass auch wir nur in bestimmte Bereiche der Branche Einblick hatten, vor allem in deutschsprachige, nicht ganz so prekäre. Die Kontaktaufnahme zu anderen Bereichen mit härteren Arbeits- oder Lebensbedingungen hätte viel mehr Zeit und Einsatz gebraucht, wäre aber auch grundlegend für eine übergreifende solidarische Organisation gewesen. Zudem hatten wir mit dem Widerspruch zwischen dem Anspruch eines nachhaltigen Strukturaufbaus und Kampagnenaktivismus unter Zeitdruck zu kämpfen.

Differenzierte Diskussionen

Wir haben uns in der Diskussion um Sexarbeit vs. Prostitution um eine möglichst differenzierte Betrachtung bemüht. Im Großen und Ganzen erhielten wir viele positive Rückmeldungen für unsere Position. Zugleich unterschied sich unsere Haltung von anderen, zum Beispiel von der des *Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen* (BSD), der mit seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung und als Lobbyverein von Bordellbetreiber*innen nur so lange die Belange der dort Beschäftigten berücksichtigt, wie diese nicht im Widerspruch zu den Interessen der Betreiber*innen und Kund*innen stehen.

Auch haben wir etwas andere Punkte betont als der BesD in seiner Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung von

Sexarbeiter*innen. Dieser legte den Fokus vor allem auf Entstigmatisierung, Networking und professionellen Austausch, während wir stärker das Ziel der (Selbst-)Organisierung am Arbeitsort hochhielten. Mit seinen Positionen erreicht der BesD strukturell vor allem sozial und ökonomisch besser gestellte Sexarbeiter*innen. In der öffentlichen Debatte wurde dieser Sachverhalt wiederholt von Politiker*innen und Kritiker*innen angeführt, um die Forderungen des BesD abzuwehren, weil diese von Privilegierten kämen. In dieser Form entlarvt sich vermeintliche Kritik als Hurendiskriminierung.

Es bleibt die Frage, wie die Themen von Sexarbeiter*innen, die weniger Geld und Zeit oder mehr Angst haben, ebenfalls Gehör bekommen – doch diese Frage richtet sich nicht allein an die Interessenvertretung von Sexarbeiter*innen, sondern noch stärker an Medien und Politik.

Mit all diesen Fragen wird wohl jeder Versuch der Organisierung in der Branche umzugehen haben, wenn es um gute Arbeits- und Lebensbedingungen und nicht nur um eine wirtschaftsliberale Abwehr staatlicher Regulierung gehen soll. Ein Schritt dabei sind die – auch im BesD geführten – Diskussionen um die Verwobenheit mit verschiedenen Herrschaftsdimensionen und Bemühungen um größere Diversität.

Forderungen und Ideen für die Zukunft

Zu weiteren politischen Maßnahmen, die Sexarbeiter*innen im Gegensatz zum ProstSchG tatsächlich schützen, zählt die Stärkung von Selbstbestimmung, Arbeitsrechten und Beratungsangeboten. Dies kann nicht allein ehrenamtlich geleistet werden. Daher haben wir die Einrichtung bzw. den Ausbau unabhängiger, anonymer, niedrigschwelliger und mehrsprachiger Fachberatungsangebote gefordert, u.a. zu den Themen Arbeitsrecht und sexualisierte Gewalt. Besonders wichtig ist aus unserer Sicht auch der Bereich Streetwork, insbesondere um den Zugang zu Gesundheitsdiensten für Menschen ohne

Krankenversicherung oder geregelten Aufenthaltsstatus zu erleichtern. Die materielle Absicherung, insbesondere von Migrant*innen, muss sichergestellt werden. Weiterhin müssen Bildungsangebote wie Deutschkurse, berufliche Aus- und Weiterbildungen oder Selbstverteidigungskurse geschaffen werden. Der mindeste Schritt dahin wäre die grundlegende Überarbeitung des ProstSchG anhand der Perspektiven und Wünsche der unterschiedlichen Betroffenen, die bislang komplett ignoriert wurden.

Ganz wichtig sind die Selbstorganisation und der Austausch unter Kolleg*innen. Dazu bräuchte es in jeder Stadt Treffpunkte, z.B. regelmäßige Hurenstammtische. Damit diese auch von verschiedenen Leuten besucht werden, müssten Kontakte zu Arbeitsorten aufgebaut werden, ohne über die Betreiber*innen zu gehen, und auch unabhängig von staatlichen Stellen. Irgendwann könnte die Vernetzung so stabil sein, dass man gemeinsam mit allen Kolleg*innen – ohne Arbeitgeber*innen – besprechen kann, wie man arbeiten will, wie viel sexuelle Dienstleistungen kosten sollen und unter welchen Bedingungen sie überhaupt angeboten werden sollen. Damit das Gespräch über solche Fragen nicht abbricht, können gemeinsame Strukturen, beispielsweise Betriebsgruppen, gegründet werden.

Dies sollte inklusiv und solidarisch mit allen Kolleg*innen stattfinden, ohne rassistische Abgrenzungen oder solche zwischen verschiedenen Bereichen der Branche. Dazu können bereits existierende Strukturen genutzt werden, wie der BesD oder die branchenübergreifende basisdemokratische Gewerkschaft *FAU*. Auch ein Blick in andere Länder wie Spanien ist inspirierend, wo Kolleg*innen in der Sexarbeiter*innen-Gewerkschaften *OTRAS* (*Organización de Trabajadoras Sexuales*) ihre Interessenvertretung seit 2018 selbst in die Hand nehmen.

Grundsätzlich müssen wir uns mit den gesellschaftlichen Ursachen der Probleme in der Sexarbeit auseinandersetzen, statt weitere, meist diskriminierende und stigmatisierende

Regelungen einzuführen. Nicht Sexarbeiter*innen müssen bekämpft werden, sondern Armut, Rassismus, hierarchische Geschlechterverhältnisse und ungleich verteilte Bildungs- und Arbeitsangebote. Auch der Kampf gegen Zwangsarbeit und sexuelle Ausbeutung darf nicht vergessen werden.

Die Abwertung und Stigmatisierung von Sexarbeiter*innen kann nicht allein auf staatlicher Ebene überwunden werden, sondern muss in der gesamten Gesellschaft bekämpft werden. Mit einer starken Hurenbewegung im Rücken können Sexarbeiter*innen ihre Anliegen demonstrierend auf die Straße und in Rathäuser und Parlamente tragen. Wir brauchen Kolleg*innen, die ›Gesicht zeigen‹, die auch diejenigen vertreten, die dazu nicht in der Lage sind – und dafür kämpfen, dass bald alle diesen Schritt gehen können.

Wir setzen auf den solidarischen Austausch mit feministischen, queeren und gewerkschaftlichen Bewegungen, damit Sex Workers nicht allein für ihre Forderungen einstehen müssen. Auch mit auf den ersten Blick politisch entfernt erscheinenden Ansätzen wie ›Recht auf Stadt‹-Bündnissen oder Mietprotesten gibt es wichtige Gemeinsamkeiten, die unter einem intersektionalen Blickwinkel zu vereinten sozialen Kämpfen zusammengeführt werden könnten. Praktische und theoretische Ansatzpunkte ergeben sich sowohl aus älteren Debatten, wie jener um Sorge-, Haus- und Care-Arbeit, als auch in neueren Anläufen wie der internationalen feministischen Streikbewegung. Es müssen Brücken geschlagen werden zwischen den Erfahrungen von Sexarbeiter*innen und Ehefrauen, Putz- und Pflegekräften. Die konkreten Tätigkeiten und die Formen der Abwertung überschneiden sich stark – die Solidarisierung miteinander liegt auf der Hand.